

roter

Käfer

Zeitung der DKP Osnabrück für VW, Valmet, Imperial & Autovision



Inhalt Sept. 2017

Wem gehört VW?

Für höhere Renten

DKP-Kandidatencheck

Auch in Osnabrück:

Konzern betrügt, Leiharbeiter zahlen!

In den letzten Wochen wurde immer klarer: für unsere Kolleginnen und Kollegen in der Leiharbeit bei AutoVision gibt es keine Zukunft mehr bei Volkswagen. Ihre Jobs enden spätestens am 31. 12, für die meisten sogar schon am 31.10. Warum zahlen sie jetzt die Zeche für die Betrügereien, für die sie am allerwenigsten können?

Nicht nur in Osnabrück, auch in anderen Standorten werden Tausende Leiharbeiter der AutoVision „abgemeldet“, auf Deutsch: entweder entlassen oder, im besten Falle, außerhalb der Marke Volkswagen weitervermittelt – oft zu schlechteren Konditionen.

Dabei bleibt Volkswagen im ersten Halbjahr 2017 „ungeachtet der Debatten um Abgaswerte und Fahrverbote mit seiner Kernmarke VW Pkw auf Erfolgssfahrt“ (WAZ, 29.07.2017), mit einem Umsatz von 39,9 Milliarden Euro, acht Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum, und einem verdoppelten operativer Gewinn von 1,8 Milliarden Euro nach 0,9 Milliarden Euro im Vorjahreszeitraum. Finanzchef Arno Antlitz: „Wir kommen dank strikter Kostendisziplin und einer kontinuierlichen Steigerung der Produktivität auf dem Weg zu wettbewerbsfähigen Kostenstrukturen planmäßig voran“.

Personallabbau

Genau da liegt der Hase im Pfeffer: die „kontinuierliche Steigerung der Produktivität“ soll durch drastischen Personalabbau vorangetrieben werden. Dazu reicht der im „Zukunftspakt“ vereinbarte Abbau von Stellen „entlang der demographischen Kurve“ (also durch Altersteilzeit) nicht aus. Mit der Entlassung von Leiharbeitern wird die Beschäftigungsgarantie für die Stammbeschaft unterlaufen.



„Atmendes Unternehmen“ (P. Hartz)

Damit verändert sich die Funktion von Leiharbeit für Volkswagen: ging es bisher eher darum, durch Leiharbeit eine „verlängerte Probezeit“ zu haben, nach der aber in der Regel die Übernahme in den Stamm bei Volkswagen stand, geht es jetzt um das „Ausatmen“ einer Reservearmee, welche je nach Konjunkturschwankungen ein- oder ausgestellt wird.

Ermöglicht hat das u. a. Dr. Peter Hartz – erst als Personalvorstand bei VW, dann als Berater der Schröder-Regierung. Seine Aufgabe bei VW: wie lassen sich die Lohnkosten senken, ohne sich mit einer gut organisierten Belegschaft massiv anzulegen? Seine Lösung: Spaltung der Belegschaften durch Schaffung dieser Reservearmee außerhalb der Stammbeschaft. Die Hartz-Gesetze haben dies Rezept auf die ganze Gesellschaft übertragen (siehe Kasten auf Seite 2: „Was wäre, wenn...?“).

„Der Schutz durch Gewerkschaft und Betriebsrat ist ausgehebelt, weil

Leiharbeiter und Befristete einfach nicht den gleichen Kündigungsschutz haben wie Stammbeschäftigte“, so ein Autovisioner im Interview („roter Käfer“, Juli/August 2014). Und: „Gleicher Lohn ist gut – doch wir brauchen auch die gleichen Rechte!“

Arbeitszeit runter statt Arbeiter raus!

Auch wenn dies nicht im Einzelbetrieb und nicht kurzfristig durchsetzbar ist: eine solidarische Alternative sieht anders aus. Wenn die Arbeit weniger wird, können entweder Menschen entlassen (oder „abgemeldet“) werden – oder die Arbeit wird auf alle Hände verteilt, damit alle Arbeit behalten. Dies müsste nicht einmal, wie die Vier-Tage-Woche 1993 bei VW, durch die Beschäftigten selbst bezahlt werden – angesichts der Gewinne der großen Konzerne dürfte ein ordentlicher Lohnausgleich drinsitzen. Durchsetzen können wir das aber nur dann, wenn wir die Spaltung in „Stamm“ und „Leiharbeiter“ überwinden...

Wem gehört VW?

Wie der Porsche-Clan an Volkswagen kam - Von Lucas Zeise

Warum gehört das größte deutsche Unternehmen, der Volkswagen-Konzern, den Familien Porsche und Piëch? Der Clan kontrolliert die Volkswagen AG, er hält über die Porsche Automobil Holding über 52 Prozent der Stimmrechte am zweitgrößten Autobauer der Welt. Er bestellt und entlässt nach seinen Wünschen die Vorstände und die der Tochterunternehmen, wie zuletzt bei Audi.

Der erste Schritt der Macht- und Eigentumsergreifung war ein Werk der Nazis. Das Volkswagenwerk wurde in ihrem Auftrag nach der Zerschlagung des ADGB mit der enteigneten Gewerkschaftskasse gebaut. Dazu durften die Arbeiter, nun Zwangsglieder der Naziorganisation „Kraft durch Freude“, gespartes Geld für den KdF-Wagen liefern, den Ferdinand Porsche entworfen hatte. Gebaut wurden im Werk aber Kübelwagen und anderes Kriegsgerät. Anton Piëch, Nazi der ersten Stunde, hatte 1928 Porsches Tochter geheiratet und leitete von 1941 bis 1945 das Stammwerk mit angegliedertem KZ. Am 10. April 1945 flieht der Betriebsführer und Volkssturmkommandeur mit der Kasse

nach Zell am See aufs „Schüttgut“ der Porsches, wo sich auch heute noch die Erben treffen, um die Marschroute abzusprechen.

1950 wurde VW an den Staat Bundesrepublik und nicht etwa an den DGB „rück“überreignet. 1961 wurden auf Betreiben Ludwig Erhards 60 Prozent der VW-Anteile an „kleine Leute“ verkauft; Niedersachsen übernahm 20 Prozent, die das Land heute noch hat. Die Porsche/Piëchs sicherten sich über die Porsche Automobil AG in Salzburg den Vertrieb für Österreich. Das wirkliche Geld aber brachten ihnen die Lizenzentnahmen für den gut laufenden Käfer. Wann haben sonst schon die Ingenieure Zugriff auf Lizenzentnahmen des von ihnen konstruierten Autos? Die Porsches hatten ihn und zusammen mit ihrem Unternehmen, dem Sportwagenhersteller Porsche in Stuttgart den zweiten Schritt getan zur Mehrheit.

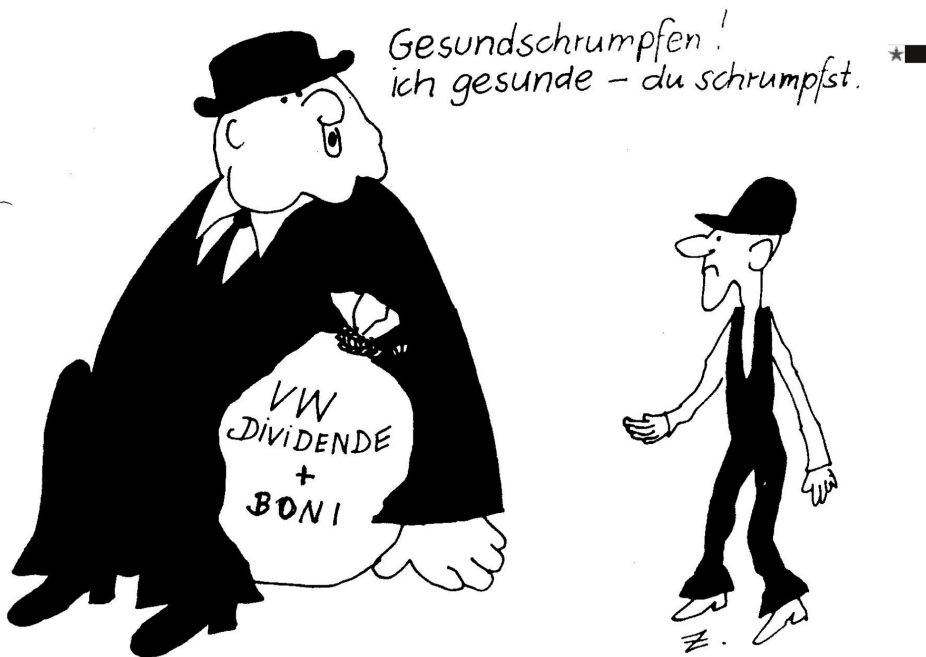
Der dritte Schritt zum Eigentum war jene Finanzschlacht die 2005 begann, als der Vorstandsvorsitzende von Porsche, ein gewisser Wendelin Wiedeking, sich mit Billigung der beiden Familien anschickte, den 15fach so großen Konzern Volkswagen zu übernehmen. Die Technik war einfach

und von Heuschrecken erprobt: Erst VW-Aktien oder vor allem Optionsscheine auf VW-Aktien kaufen. Wenn dann die Kurse steigen, die Dinger teuer verkaufen und bei der nächsten Delle wieder zurückkaufen. Ganz ohne Einsatz geht das nicht. Den stellten die Banken mit der Sicherheit der Produktionsfirma Porsche gern zur Verfügung. Auf dem Höhepunkt der von Wiedeking angetriebenen Spekulationswelle im Oktober 2008 war Volkswagen an der Börse 294 Mrd. Euro wert. Porsche allerdings hatte schnell fällige Schulden von 9 Mrd. Euro. Die Banken wollten auf dem Höhepunkt der Finanzkrise ihr Geld zurück, jedenfalls kein neues nachschießen, das Wiedeking/Porsche in die Lage versetzt hätte, 75 Prozent an Volkswagen und damit Zugriff auf die gefüllte Kasse des Konzerns zu erreichen. So kam es zum Kompromiss. Aus der gefüllten Kasse kaufte Volkswagen Porsche. Der Spekulanten-Clan Porsche/Piëch zahlte mit diesem Geld die Schulden an die Banken zurück und konnte sich so die Aktienmehrheit an Volkswagen sichern.

Lucas Zeise ist Chefredakteur der UZ - Zeitung der DKP

Was wäre, wenn...?

...es weder Leiharbeit gäbe noch Befristungen ohne sachlichen Grund? Dann müssten wir wohl über Kurzarbeit für alle reden, um Entlassungen für viele (Leiharbeiter) zu verhindern. Utopie? Nein, Realität bis Anfang der achtziger Jahre. Dann kamen 1985 CDU und FDP mit Norbert Blüms „Beschäftigungsförderungsgesetz“. Seitdem gibt es sachgrundlose Befristungen, damals für max. 18, heute für bis zu 24 Monate. SPD und Grüne setzen 2003 noch eins drauf: mit den Hartz-Gesetzen wurde Leiharbeit von den bisherigen Einschränkungen weitgehend befreit und der Druck auf Erwerbslose erhöht, jede noch so schlechte Arbeit anzunehmen. „Wir haben einen der besten Niedriglohnssektoren aufgebaut, den es in Europa gibt.“, sagte dazu Gerhard Schröder stolz auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos am 28. Januar 2005.



„Der Volkswagen-Konzern, insbesondere die Marke VW, hat Fett angesetzt in den Erfolgsjahren. Deshalb braucht es jetzt eine Schlankheitskur, die nehmen wir jetzt in Angriff.“

Konzernchef Müller zum Personalabbau im Interview mit der FAZ vom 20.11.2016.

Während der Arbeitszeit für höhere Renten

Interview mit Achim Bigus, Leiter des IGM-VK bei VW Osnabrück

UZ: *Ihr habt bei VW Osnabrück eine Aktion zur Rente durchgeführt und euch damit hinter die Forderungen der IG Metall gestellt. Was fordert die IG Metall, was ist den Kolleginnen und Kollegen besonders wichtig?*

Achim Bigus: Die IG Metall hat Anfang des Jahres eine groß angelegte Befragung unter den Arbeitenden in Betrieben der Metall- und Elektroindustrie, aber auch der Stahlindustrie, der Holz- und Kunststoff- sowie der Textil- und Bekleidungsindustrie und im Handwerk durchgeführt. Drei Ergebnisse fanden wir besonders bemerkenswert: Erstens, dass 85 Prozent der Befragten eine Stabilisierung und Erhöhung des Rentenniveaus wollten, auch wenn dadurch die Beiträge von Unternehmern und Arbeitenden zur gesetzlichen Rentenversicherung steigen, zweitens, dass 87 Prozent meinen, dass Vorsorge über private Versicherungen die Lücke nicht schließen kann, welche die Absenkung der gesetzlichen Rentenniveaus reißt, und drittens, dass 95 Prozent eine Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung fordern, also gleiche Beiträge für Unternehmen und Beschäftigte. 85 bis 95 Prozent der Beschäftigten

stehen in diesen Fragen in direktem Gegensatz zu der großen Linie der Renten- und Sozialpolitik aller Bundesregierungen seit Bundeskanzler Schröder.

UZ: *Ist Altersarmut denn ein Problem, von dem ihr betroffen seid? VW-Beschäftigte verdienen doch überdurchschnittlich gut.*

Achim Bigus: Ja, die Beschäftigten bei Volkswagen sind sehr gut organisiert und verdienen dementsprechend relativ gut. Aber die Rentenreformen seit Riester haben ja für alle das Rentenniveau abgekoppelt vom Prinzip der Lebensstandardsicherung. Damit haben sie eine kontinuierliche Absenkung des gesetzlichen Rentenniveaus eingeleitet. Altersarmut droht damit in Zukunft nicht nur Geringverdienern, sondern immer mehr auch durchschnittlich Verdienenden. Zusätzlich wurde mit der schrittweisen Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 de facto eine weitere Rentensenkung durchgeführt für alle, die nicht so lange durchhalten und dann Abschläge für früheren Renteneintritt in Kauf nehmen müssen. Beides betrifft alle Beschäftigten, auch die relativ gut verdienenden. Außerdem gehört es zum gewerkschaftlichen Prinzip der Solidarität, dass die Stärkeren auch für die Schwächeren eintreten.

UZ: *Die Renten-Aktion habt ihr öffentlich und in der Arbeitszeit durchgeführt – war das ein kurzer politischer Streik?*

Achim Bigus: Nein. Politische Streiks, Streiks für bessere Gesetze sind in Deutschland verboten. Das steht zwar in keinem Gesetz, ist aber herrschende Rechtsprechung seit den Auseinandersetzungen um das Betriebsverfassungsgesetz in den fünfziger Jahren.

Wir haben einen Teil der Betriebsversammlung öffentlich durchgeführt. Eine öffentliche Betriebsversammlung ist noch lange kein politischer Streik, das kann jeder Betriebsrat tun, ohne mit der undemokratischen herrschenden Rechtsprechung in Konflikt zu geraten.

Die Befragungsergebnisse zeigen ja, wie weit sich die große Mehrheit der „Volksvertreter“ in diesen Fragen der Sozialpolitik vom Volk entfernt hat. Wenn wir das ändern wollen, dürfen wir unsere politische Meinungsäußerung als Lohnabhängige nicht auf Wahlen und auf Demonstrationen nach Feierabend oder am Wochenende beschränken.

Quelle: unsere-zeit.de



Achim Bigus (DKP) im Kandidatencheck

Achim Bigus, Direktkandidat der DKP im Wahlkreis 39 und Spitzenkandidat der Landesliste Niedersachsen der DKP, nimmt im Kandidatencheck von „Abgeordneten-Watch“ Stellung zu verschiedenen Thesen:

Die These: *„Zeitlich befristete Arbeitsverträge sind erforderlich, damit Unternehmen flexibel sein können“, ...lehne ich ab.*

Befristungen, Leiharbeit und Missbrauch von Werkverträgen bedeuten Angst per Gesetz für die Betroffenen und verschärften Konkurrenzdruck für die Stammbeslegschaften. Das gehört verboten! Den Betroffenen raten wir, in und mit den Gewerkschaften dagegen zu kämpfen. Klage nicht, organisiere Dich!

Die These: *„Dieselfahrzeuge sollen wegen ihres hohen Schadstoffausstoßes aus den Innenstädten verbannt werden“, ...lehne ich ab.*

Dieselfahrverbote trafen die Falschen. Gesundheits- und klimaverträgliche Mobilität erfordert nicht nur andere Motoren, sondern mehr Alternativen zum individuellen Auto: attraktiven, kostenlosen Öffentlichen Personen-

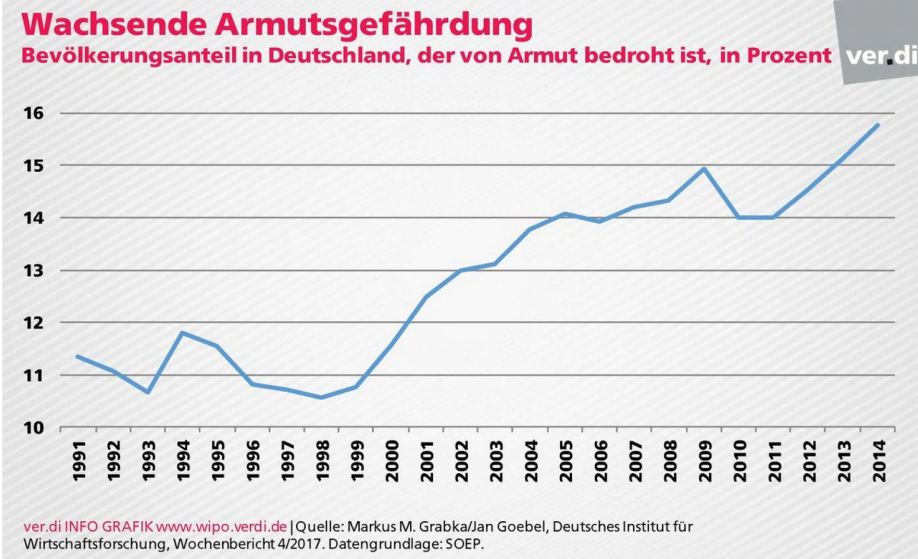
Nahverkehr (ÖPNV), mehr und bessere Radwege, eine bessere Bahn. Damit dies keine Jobs kostet: Arbeitszeit verkürzen!

Der These: *„Der Spitzensteuersatz soll deutlich erhöht werden, mindestens wieder auf 53% wie in den 1990er Jahren“, ... stimme ich zu.* Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Ein Spitzensteuersatz wie bei Helmut Kohl wäre ein erster Schritt. Die DKP will eine Millionärssteuer von zwei Prozent auf Vermögen größer als eine Million – jährlich 48 Milliarden Euro für Schulen, Krankenhäuser, Sanierung der Verkehrswege usw.

Alle 22 Thesen und die Antworten von Achim Bigus unter:

abgeordnetenwatch.de/profile/joachim-bigus

Bundesregierung ruft: Haltet den Dieb!



Manchmal fasst man es nicht. Die Bundesregierung warnt im neuen Armutsbericht vor einer zu starken Spaltung der Gesellschaft, die sie selbst herbeigeführt hat. Die Parteien, die diese Regierung bilden, also CDU, CSU und SPD, haben unter Mithilfe der Grünen und der FDP die Renten so gekürzt, dass ein österreichischer Durchschnittsrentner monatlich 800 Euro mehr hat. Und in Deutschland ist damit millionenfache Altersarmut programmiert. Wegen der Hartz-Gesetze haben wir viele unsichere, befristete Arbeitsplätze, Leiharbeit und schlecht bezahlte Werkverträge. Jeder

vierte Arbeitnehmer arbeitet im Niedriglohnsektor. Weil CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne zu feige sind, Millionäre zu besteuern, nimmt die Ungleichheit in der Gesellschaft zu. 2015 wurden knapp 300 Milliarden Euro vererbt – die Erbschaftssteuer erbrachte aber nur 5,45 Milliarden. Das sind noch nicht mal zwei Prozent. Die fleißigen Arbeitnehmer und die Rentner, die ein Leben lang gearbeitet haben, müssen sich verarscht vorkommen. Aber leider wählen viele von ihnen weiter die Lohndrucker- und Rentenkürzungsparteien CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne. ★■

UZ – unsere zeit
Jetzt Probeabo anfordern (Print & online)!
6 Wochen kostenlos, endet automatisch
www.unsere-zeit.de

Die DKP fordert in ihrem Sofortprogramm:

Verbot von Leiharbeit und Verbot des Missbrauchs von Werkverträgen,

einen Mindestlohn von sofort 12 Euro,

die Abschaffung der zeitlichen Begrenzung des Arbeitslosengeldes (Alg 1),

die sofortige Erhöhung des Rentenniveaus auf 53 Prozent, die Abschaffung des Hartz-Systems,

Verkürzung der allgemeinen Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden in der Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich,

gesetzliche Verankerung der 35-Stunden-Woche.

Klage nicht, organisiere Dich!
(nach Joe Hill)

Das von Regierung und Medien beschworene „Jobwunder“ ist prekär. 2016 waren z. B. 45 Prozent der Neueinstellungen befristet, bei den 25- bis 39-jährigen sogar die Hälfte. 40 Prozent davon wurden danach übernommen.

Vortrag und Diskussion mit DKP-Direktkandidat Achim Bigus

Wie wirken Befristungen, Leiharbeit und Missbrauch von Werkverträgen? Was kann man dagegen tun?

**Mittwoch, 20. September 2017, 19 Uhr
Lagerhalle Osnabrück, Raum 207**

Impressum / Kontakt:

**DKP Osnabrück
ViSdP: Lars Mörking
Website: dkpos.blogspot.de**

...wir treffen uns jeden ersten und dritten Mittwoch in der Lagerhalle Osnabrück

**Hinweise, Kritik, Lob an die Redaktion?
Wir freuen uns über Zuschriften an:
osnabrueck@dkp-niedersachsen.de**

Wir sind EINE Belegschaft!

Gänsehaut beim Standortsymposium am 23. August: der ganze Fahrzeugbau sieht rot... Ob „Auvi's“, „Osnabrücker Stamm“ oder „Emder (Stamm)“ – fast alle tragen die roten IG Metall-T-Shirts mit dem Aufdruck „Arbeit für VW Osnabrück Auvi's & Stamm“. Auch wenn die Aktion den Vorstand nicht von seinem Personalabbau-Kurs abbringen wird – das war ein starkes Signal, dass wir uns nicht spalten lassen: wir sind EINE Belegschaft! Und dazu gehören auch die über Werkverträge Beschäftigten, ob von AutoVision Projekte (u. a. Achsfertigung), IMPERIAL (Logistik), Leotec (Gebäudereinigung) oder anderen.